

## Medienmitteilung

Thema	<b>Grünliberale bedauern den standortschädlichen Entscheid der SP, gegen die eigene Finanzdirektorin das Referendum gegen die Senkung der Unternehmenssteuern zu unterstützen.</b>
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Grossrat, Tel. 079 517 21 17 Dieter Werthemann, Grossrat, Fraktionspräsident, Tel. 079 335 54 05
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4015 Basel bs@grunliberale.ch <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	21. März 2012

**Die vom Grossen Rat beschlossene Senkung der Unternehmensbesteuerung ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Basel und die hiesigen Arbeitsplätze. Die Senkung ist ein klassischer Kompromiss. Es ist bedauerlich, dass sich die SP nicht hinter ihre eigene Finanzdirektorin und ihre rot-grüne Regierungsmehrheit stellt, und diesen moderaten und finanzpolitisch zurückhaltenden Kompromiss nicht mit trägt. Damit verpasst die SP die Chance, finanz- und wirtschaftspolitisch Verantwortung und Weitblick zu zeigen.**

Die Grünliberalen bedauern den Entscheid der SP, das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform gegen die eigene Finanzdirektorin und gegen die rot-grün dominierte Regierung zu unterstützen. Damit hat sich die SP der standortschädlichen Linksaussenposition von BastA! angeschlossen. Mit anderen Kantonen und mit anderen internationalen Wirtschaftsstandorten vergleichbare steuerliche Rahmenbedingungen sind wichtig für Basels Wohlstand und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die vereinte Linke agiert hier zum Nachteil für den Wirtschaftsstandort Basel. Die vom Grossen Rat verabschiedete Steuersenkung ist ein moderater und zurückhaltender Kompromiss. Die Grünliberalen hätten sich zwar mutigere Schritte gewünscht, tragen aber den Kompromiss voll mit. Die finanzielle Lage des Kantons erlaubt es auch problemlos, eine solche Anpassung bei der Unternehmensbesteuerung in diesem lang gestreckten Zeitraum und mit den jetzt vorgesehenen engen Bedingungen vorzunehmen. Der Steuerertrag für Unternehmen lag in den letzten Jahren in der Regel über hundert Millionen Franken höher als budgetiert. Auch wenn die Erträge aus der Unternehmensbesteuerung künftig rückläufig sein sollten, besteht also grosser finanzieller Spielraum für die notwendige Steuersenkung von 12 Mio. Franken pro Jahr in den kommenden sechs Jahren. Es ist ein demokratisch legitimes Recht, gegen den Beschluss des Grossen Rats das Referendum zu ergreifen, die SP verpasst aber mit ihrem Entscheid die Chance, finanz- und wirtschaftspolitisch Verantwortung und Weitblick zu zeigen.